

Stadtteilmütter vorm Aus?

## **Finanzierung endet im Oktober: Jede zweite Stelle ist nun bedroht**

10.03.2014 / *Sylvia Baumeister*

**Neukölln.** Seit zehn Jahren sind im Bezirk die Stadtteilmütter unterwegs. Das Integrationsprojekt ist nun gefährdet, weil das Geld fehlt. Der Neuköllner Abgeordnete Joschka Langenbrinck (SPD) fordert von Senatorin Dilek Kolat (SPD) mehr Einsatz auf Bundesebene.

Seit zehn Jahren schaffen die Stadtteilmütter in Neukölln etwas, das zuvor selten gelang: Mit Besuchen in Schulen, Kitas und bei Familien mit Migrationshintergrund öffnen sie Türen. Sie beraten und geben Hilfe in den Bereichen Erziehung, Bildung und Gesundheit. Elf Mal wurde das 2004 im Schillerkiez begonnene Projekt ausgezeichnet. Derzeit sind 93 Stadtteilmütter unterwegs.

Die Frauen mit Migrationshintergrund, die meist keine Berufsausbildung haben, werden vorab in sechsmonatigen Kursen vom Träger Diakonisches Werk Neukölln Oberspree qualifiziert. 57 der Stellen sind nun aber gefährdet, weil das über den Bund finanzierte Beschäftigungsprogramm "Bürgerarbeit" endet. "Diese vom Jobcenter finanzierten Stellen laufen zum 31. Oktober aus", sagt Projektleiterin Maria Macher. Jede zweite Stadtteilmutter würde somit wegfallen. "Wir könnten dann viel weniger Schulen, Kitas und Familien in Nord-Neukölln und der Gropiusstadt aufsuchen." Fraglich sei, ob man die Frauen, wie 26 andere Stadtteilmütter, nicht über ein anderes Beschäftigungsprogramm finanzieren könne.

Als gesichert gelten bisher elf Stellen, die aus dem Etat von Integrationsministerin Dilek Kolat (SPD) über das Landesrahmenprogramm "Integrationslotsen" finanziert werden. Dem Neuköllner Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD) reicht das nicht. Er fordert von Kolat mehr Einsatz: "Die Integrationsministerin muss da ran", sagt Langenbrinck. Für ihn wäre der Wegfall von 57 Stadtteilmüttern ein "Desaster für die Integration in sozialen Brennpunkten". Pressesprecher Mathias Gille versicherte, die Ministerin messe dem Projekt "außerordentlich hohe Wichtigkeit" bei. Hierfür sei die erstmalige Regelfinanzierung ein "klares Signal". Kolat setze sich nachdrücklich beim Bund für weitere Mittel ein und gehe davon aus, dass diese auch zur Verfügung gestellt werden.